Nacht-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 22. Juni	Nr. 811

Neue Reichsanleihe.

Berlin, 22. Juni. Im Zuge der Durchführung der von der Reichsregierung übernommenen Aufgaben begibt das Deutsche Reich 700 Mill. RM 4½prozentige auslosbare Reichsschatzanweisungen zum Kurse von 98¾ v. H. Die Laufzeit der Schatzanweisungen beträgt 12 Jahre, beginnend mit dem 1. Juli d. J. Von 1943 ab wird jedes Jahr ⅛ des Anleihebetrages der Schatzanweisungen zum Nennwert ausgelost werden, so daß die durchschnittliche Laufzeit 9 Jahre beträgt.

200 Mill. RM dieser Schatzanweisungen sind bereits fest gezeichnet worden. Die verbleibenden 500 Mill. RM werden durch das unter Führung der Reichsbank stehende Anleihekonsortium zum Kurse von 98¾ v. H. zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Zahlungen durch die Zeichner auf zugeteilte Reichsschatzanweisungen werden in der Zeit vom 23. Juli bis 5. Oktober d. J. erfolgen, und zwar am 23. Juli und 20. August je 30 v. H., am 10. September und 5. Oktober je 20 v. H. Frühere Zahlungen sind zulässig.

Der Lauf der Stücksinsen beginnt mit dem 1. Juli d. J. Die Reichsschatzanweisungen sind mündelsicher und bei der Reichsbank lombardfähig. Die Zeichnungsfrist läuft vom 29. Juni bis 14. Juli d. J.

Dr. Schacht zur neuen Reichsanleihe.

Berlin, 22. Juni. In einer Pressebesprechung, zu der der Reichsbankpräsident **Dr. Schacht** aus Anlaß der Auflegung der neuen Reichsanleihe im Betrage von 700 Mill. Reichsmark 4½prozentiger Reichsschatzanweisungen eingeladen hatte, wies er zunächst auf die Notwendigkeit der fortlaufenden Konsolidierung der kurzfristigen Verschuldung des Reiches aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hin.

Fast ein jeder Volksgenosse, habe aus den Maßnahmen der Deutschen Reichsregierung, die seit der Machtübernahme den fortschreitenden Aufbau der deutschen Wirtschaft gefördert haben, Nutzen gezogen. Es sei daher nicht mehr als recht und billig, wenn das Reich von Zeit zu Zeit mit einer Anleihe an den Kapitalmarkt herantrete, um sich die Mittel zur weiteren Durchführung der verschiedenen noch schwebenden oder in Angriff zu nehmenden Vorhaben auf diesem Wege zu beschaffen. Pflicht eines jeden Volksgenossen sei es daher, sich nach Kräften an der Zeichnung dieser Anleihe zu beteiligen, um sich zudem als ein sehr günstiges Anlagepapier auszweise.

Man habe den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Begebung der neuen Anleihe deshalb gewählt, weil der Geldmarkt zur Zeit im Zeichen außerordentlicher Flüssigkeit stehe, wie sich dies aus den niedrigen Geldmarktsätzen zeige.

Reichsbankrat Blessing gibt sodann auf die näheren Einzelheiten der Anleihe ein. Unter Zugrundelegung des Zeichnungskurses von 98¾ v. H. und einer 4½-prozentigen Verzinsung errechne sich eine Rendite von 4,67 v. H. Bei einem Vergleich mit den bisher begebenen Anleihen des Reiches zeige sich, daß die Rendite der neuen Anleihe etwa der der früheren Anleihen entspreche. Auch im Vergleich mit 4½-prozentigen Hypothekengoldpfandbriefen, deren Effektivverzinsung etwa 4,70 v. H. ausmache, sei die Ausstattung der neuen Anleihe als sehr günstig zu bezeichnen. Reichsbankrat Hülse betonte sich nochmals mit der derzeitig sehr flüssigen Lage des Kapitalmarktes. Dadurch gekennzeichnet werde, daß allein im Mai für rund nom. 200 Mill. RM Pfandbriefe aus den Beständen der Banken verkauft werden konnten. So wie Dr. Schacht, vermies auch Reichsbankrat Hülse auf den Wert der neuen Anleihe als Anlagepapier. Jeder Zeichner werde der Zeichnung nicht nur dem Staate, sondern auch sich selbst einen guten Dienst erweise. Er gab insbesondere der Hoffnung Ausdruck, daß gerade die Volksgenossen, die in stärkerem Maße aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Nutzen zögen, sich rege an der Zeichnung beteiligen.

Glückwunschtelegramme an Max Schmeling.

Berlin, 22. Juni. Reichsbauernführer Darré sandte an Max Schmeling - New York folgendes Telegramm:

„In aufrichtiger Freude über Ihren großen Sieg sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Heil Hitler!

Der Reichsbauernführer R. Walter Darré."

Auch Ministerpräsident, Generaloberst Göring hat an Max Schmeling ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Abschluß der deutsch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen.

Budapest, 22. Juni. Die am 10. Juni in Budapest begonnenen Verhandlungen des deutschen und des ungarischen Regierungsausschusses für die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen haben ihren Abschluß gefunden.

Den Gegenstand der in freundschaftlichem Geiste geführten Besprechungen bildete das gesamte Gebiet des gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs. Einige besonders dringliche Fragen der ungarischen Ausfuhr nach Deutschland wurden in einer den ungarischen Interessen entsprechenden Weise gelöst. Auf der anderen Seite wurden zum Zwecke des Ausgleichs des beiderseitigen Waren- und Zahlungsverkehrs ungarischerseits neue Möglichkeiten eröffnet, um die deutsche Ausfuhr nach Ungarn zu steigern.

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen bildete der ungarische Reiseverkehr nach Deutschland anläßlich der im August stattfindenden Olympischen Spiele. Es wurde für die in Betracht kommende Reisezeit eine Sonderregelung in der Weise getroffen, daß ungarische Reisende Reichsmark bis zum Betrage von 600 RM im Monat ohne das sonst übliche Devisen-Aufgeld erwerben können.

Die Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftsausschüsse.

Warschau, 22. Juni. Die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages und Verrechnungsabkommens vom 4. November 1935 eingesetzten deutschen und polnischen Regierungsausschüsse haben ihre 6. gemeinsame Tagung in der Zeit vom 18. bis 21. Juni in Krakau abgehalten. Die Regierungsausschüsse konnten, wie im Vormonat, die deutsche Einfuhr aus Polen auf 100 v. H. des beim Abschluß des Wirtschaftsvertrages vereinbarten Jahresplanes für den Monat Juli festsetzen.

Im übrigen haben die Regierungsausschüsse eine Reihe von Einzelfragen im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehr geregelt.

„Hindenburg" flog Rekord.

Lakehurst, 22. Juni. Das Luftschiff „Hindenburg" hat die bisherige schnellste Ueberquerung des Ozeans in Ost-west-Richtung um 32 Minuten verbessert. 59 Stunden und 50 Minuten nach seiner Abfahrt von Frankfurt a. M. erschien es über Lakehurst und landete bald darauf.

Leutnant-Kommander Ferdinand Sachse, der an dem letzten Flug des Luftschiffes „Hindenburg" nach Lakehurst als Beobachter der Vereinigten Staaten teilnahm, äußerte sich sogleich nach seiner Landung in Lakehurst sehr begeistert über die Flugleistung. Er erklärte wörtlich: „Es war ein wunderbarer Flug, alles klappte ausgezeichnet. Wir hätten viel früher landen können, einen neuen Rekord aufstellen können, verlangsamten jedoch absichtlich die Fahrt, um fahrplanmäßig anzukommen."

Abschluß der Hauptagung der Sudetendeutschen Partei.

Eger, 22. Juni. Der geschäftsführende Abgeordnete des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Hans **Knudt**, behandelte am Schluß der Egerer Hauptagung die Frage „Warum Kampf gegen den Bolschewismus". Einleitend stellte er fest, daß, wie überall in Europa, sich auch in der Tschechoslowakei die Idee des Liberalismus als ordnungsgebende Form unfähig erwiesen habe und zeigte an Hand der Reden und Schriften der sowjetrussischen Staatsmänner und Komintern-Kongresse und der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei auf, welche Rolle dabei der Bolschewismus spiele.

In Bezug auf das innerstaatliche Verhältnis sagte er: Wenn einzelne tschechische Kreise heute der Meinung zuneigen, daß der Bestand und die Freiheit des tschechischen Volkes nötigenfalls nur mit Hilfe des Bolschewismus gerettet werden könne, sogar auf die Gefahr hin, selbst bolschewistisch zu werden, so übersehen sie, daß die Idee und die Praxis des Bolschewismus allen Voraussetzungen des Volkstums entgegensteht, jede politische Selbstverwaltung der Völker und jede äußere Freiheit grundsätzlich ausschließt, daß daher eine solche Politik mit dem politischen Selbstmord der tschechischen Nation enden muß. Sie übersehen endlich, daß es bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volke nicht um den Bestand der politischen Selbstverwaltung des tschechischen Volkes geht, sondern um das Recht der politischen Mitbestimmung der deutschen Volksgruppe in der Verwaltung des Sudetendeutschtums, die nationale Kreise des tschechischen Volkes aus materialistischen Egoismus dem Sudetendeutschtum bis heute verwehren.

Knudt behandelte weiter die Frage, ob in der Tschechoslowakei eine ähnliche Entwicklung folgen werde oder möglich sei, wie in Deutschland und Frankreich und führte dazu aus: Durch das Freundschaftsspiel mit Sowjetrußland, durch die Unterstützung nicht nur der tschechischen sozialistischen Partei, sondern auch sämtlicher anderen Regierungsparteien, mit Einschluß der deutschen Christlich-Sozialen, ist der offizielle Kampf des tschechischen Staates gegen den Bolschewismus offiziell eingestellt worden.

Das fördert die Entwicklungsmöglichkeiten des Bolschewismus innerhalb der Tschechoslowakei auch gegen jene deutschen und tschechischen Parteien, die innerlich noch Gegner des Bolschewismus, wenn auch ohne gegenwirkende Idee seien. Ohne eine solche Idee seien aber alle Parteien in der Tschechoslowakei bis auf die Sudetendeutsche Partei.

Die tschechischen Parteien fördern die Hoffnungen der Bolschewisten noch dadurch, daß sie aus nationalem Chauvinismus und teils aus Angst vor Deutschland, welche die Bolschewisten systematisch steigern, das nationale Unrecht mit sozialer Verelendung und überdies die von Kommunistischen Umtriebe stützen, hingegen die Tätigkeit der Sudetendeutschen Partei bis zur Forderung nach der Auflösung zu hemmen versuchen. Auf diese Art würde die Tschechoslowakei über das diplomatisch-militärische Bündnis hinaus bis zur Gesinnungsgemeinschaft der geistigen Einflußfeld und Entwicklungsfeld des Bolschewismus. Damit verknüpft man zusammen mit jenen Schichten und politischen Gruppen der Tschechen, Slowaken und Magyaren, die nach den Willen und die Kraft zum Kampf gegen den Bolschewismus haben, eine große innerstaatliche, aber auch europäische Aufgabe.

Der Leiter des Rechtsamtes der Sudetendeutschen Partei, Abgeordneter Dr. Hans **Neuwirth**, berichtete über den „staatspolitischen Frieden des grundsätzlichen Rechtskampfes", den die Sudetendeutsche Partei führe. Der Tschechoslowakische Demokratie und der Prager Parlamentarismus, erklärte er, dienten heute der Verschleierung des Einsatzes staatlicher Machtmittel gegen die Lebensinteressen der nationalen Minderheiten. Von einer sittlichen Demokratie als der Grundlage des Staatslebens sei man in der Tschechoslowakei weit abgekommen. Demgegenüber müsse sich die Sudetendeutsche Partei als Trägerin der historischen Aufgabe, die Lösung des Nationalitätenprinzips in der Tschechoslowakei zu erzielen. So führe die Sudetendeutsche Partei einen grundsätzlichen Rechtskampf um das Lebensrecht der Sudetendeutschen. Da die Staatsführung im Besitz aller Macht ist, liege es auf Seiten des tschechischen Volkes, daß dieser Kampf ein fruchtbares Ergebnis zeitige.

Ein Verurteilter des Kattowitzer Hochverratsprozesses †.

Kattowitz, 22. Juni. Am Sonntag erlitt der 46 Jahre alte arbeitslose Schmied Stanislaus Dutko, der am Sonnabend mit zahlreichen anderen Angeklagten wegen Teilnahme an Handlungen des Geheimbundes Wanjurasz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, im hiesigen Gerichtsgefängnis einen Schlaganfall, der seinen alsbaldigen Tod zur Folge hatte.

Chambrun bei Delbos.

Paris, 22. Juni. Der französische Außenminister Delbos hatte am Montag eine Unterredung mit dem französischen Botschafter in Rom, de Chambrun.

Außenminister Delbos wird am Dienstag nachmittag in der Kammer eine außenpolitische Erklärung abgeben. Die gleiche Erklärung wird im Senat von Ministerpräsident Blum verlesen. In der Kammer wird anschließend eine außenpolitische Aussprache durchgeführt werden, zu der 12 Anfragen vorliegen. Außerdem haben sich weitere 12 Redner für die Aussprache einschreiben lassen.

Die Frage der „Satten und der hungernden Völker".

Warschau, 22. Juni. Der Kurjer Poranny weist auf die schweren Fehler des Völkerbundes hin, die ihn vor die Frage einer Neuordnung oder Auflösung geführt hätten. Diese Fehler seien der Mangel genügenden Verständnisses für die Wiedergeburt Deutschlands, ferner die Unentschlossenheit des Völkerbundes angesichts der japanisch-chinesischen Wirren und seine Haltung im italienisch-abessinischen Streitfall.

Die bevorstehende Genfer Sitzung, so schreibt „Kurjer Poranny", werde die abessinische Frage wohl entsprechend der mandschurischen Frage lösen, so daß sie nicht mehr wie bisher den Frieden Europas bedrohe. Weiterhin aber werde sich der Völkerbund mit der deutschen Frage zu beschäftigen haben, die hundertmal wichtiger sei als die italienische. Die Lösung dieses Problems könne einen neuen Abschnitt in den internationalen Beziehungen hervorrufen, wenn der Völkerbund es anders löse als die bisherigen Probleme.

Das Blatt erklärt, Deutschland fordere neben der völligen Gleichberechtigung die Rückgabe seiner Kolonien. Diese Forderung könne man nicht nur als Ausdruck der deutschen Großmachtbestrebungen ansehen; Deutschland erstrebe tatsächlich in den engen Grenzen seines europäischen Besitzes, wie Italien darin erstrebt sei und noch früher Japan. Da Japan und Italien das Problem ihrer Ueberwölkerung mit bewaffneter Hand gelöst hätten, erfordere die deutsche Frage allseitige Prüfung und sorgfältiges Nachdenken über vorbeugende Maßnahmen.

Das Problem der „Satten" und der „Hungernden" interessiere Polen aber nicht nur vom Gesichtspunkt der allgemeinen Gerechtigkeit aus. Es sei auch für Polen aktuell, da nach Deutschland den nächsten Platz in der Reihe der „hungernden" Staaten Polen einnehme, das sich seit seiner Wiedergeburt mit immer wachsenden Auswanderungsschwierigkeiten und mit einer ständig sich steigernden Uebervölkerung abmühe. Der Artikel spricht die Hoffnung aus, daß die Erfahrung der letzten Jahre die „satten" Staaten veranlassen werde, größeres Interesse als bisher für die Frage der „hungernden" Staaten zu zeigen.

Italienische Vorbehalte für Montreux.

Montreux, 22. Juni. Die italienische Regierung hat an den türkischen Außenminister als Einberufer der Konferenz von Montreux eine Note gerichtet, in der sie erklärt, sie habe bereits darauf hingewiesen, daß nach ihrer Auffassung der gegenwärtige Augenblick für die Behandlung so wichtiger Fragen ungünstig gewählt sei. Sie glaube, daß diese Fragen nach den bevorstehenden Genfer Tagungen mit größerem Nutzen erörtert werden könnten. Indem sie an diesem Standpunkt festhalte, erkläre sie sich jedoch schon jetzt bereit, die Frage zu erörtern, wenn sich die Lage geklärt habe. Bis dahin müsse sie hinsichtlich aller Beschlüsse, die in ihrer Abwesenheit gefroffen werden sollten, alle Vorbehalte machen.

Devisenkontrolle auch in Abessinien.

Mailand, 22. Juni. In Abessinien wurde eine ähnliche Devisenbewirtschaftung wie in Italien eingeführt. Ohne Ermächtigung der Kolonialregierung ist jede Devisen- und Lire-Ausfuhr verboten. Für die Ein- und Ausfuhr in Abessinien sind in Zukunft gleichfalls besondere Bewilligungen erforderlich.

Schüsse auf den Zug Lydda—Jerusalem.

Jerusalem, 22. Juni. Auf den Abendzug Lydda—Jerusalem wurden am Sonntag bei Bittir wiederum mehrere Schüsse abgegeben. Die militärische Begleitung antwortete mit Maschinengewehrfeuer.

Bei Haifa wurde ein arabischer Omnibus angezündet, jedoch löschte die Polizei den Brand, bevor der Schaden größeren Umfang annehmen konnte.

Unruhiges Palästina.

Jerusalem, 22. Juni. Eine Militärpatrouille, die die Bahnstrecke zwischen Jerusalem und Lydda betuhr, wurde beim Dorfe Malha beschossen und erwiderte das Feuer. Dabei wurde ein Angreifer getötet. Die gleiche Militärpatrouille wurde kurz danach in der Nähe von Artuf nochmals angegriffen. Bei den sich daraus entwickelnden Feuergefecht wurden zwei britische Soldaten leicht verwundet und sechs Arbeiter erschossen.

Ein kleines Dampfboot unter arabischer Flagge versuchte die Hafenanlagen von Tel Aviv anzugreifen, verschwand aber ,als eine Militärpatrouille erschien.

Bei Gaza entgleiste ein von Soldaten besetzter Zug durch Anschlag mit einer alten türkischen Granate. Dabei wurde der Bahndamm leicht beschädigt.

In Wadi Ruthmiya sind sechs Araber wegen Bombenbesitzes verhaftet worden. Sie dürften standrechtlich abgeurteilt werden.

Ein Friedensaufruf nordchinesischer Generale.

Peiping, 22. Juni. Der Vorsitzende des Hopei-Tschachar-Ausschusses, Sungscheyfan, und der Gouverneur von Schantung, Hanfuschu, hatten an der Grenze von Hopei und Schantung eine Zusammenkunft. Nach der Unterredung erließen sie einen gemeinsamen Aufruf an die Nankingregierung und die Generale der Südprovinzen. Sie forderten darin, im Interesse des schwergeprüften Landes einen Bürgerkrieg zu vermeiden und alle militärischen Vorbereitungen sofort einzustellen.

In chinesischen politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Erklärung für die Entwicklung der politischen Zukunft Nordchinas wichtig sein kann, falls sie nämlich, daß dieser Aufruf nicht beachtet werden sollte und der Bürgerkrieg im Süden tatsächlich ausbräche, glaubt man, daß sich die Generale der Norden freie Hand vorbehalten.

Chinesen beschlagnahmen japanische Schiffe.

Peiping, 22. Juni. Die Zollbehörden in Tsingtao beschlagnahmten einen japanischen Frachtdampfer, der 700 Tonnen Motorenbetriebsstoff an Bord hatte. Zwischen Tangku und Schanhaikwan in Nordchina hatte ein chinesischer Zollkutter ein japanisches Schmuggelschiff voll Konterbande nach einem Feuergefecht zur Uebergabe.

Die Tientsiner japanische Presse zeigt sich über diese Zwischenfälle sehr erregt und behauptet, daß mehrere Japaner an Bord verwundet worden seien. Sie verlangt ein Eingreifen der [illegible] Behörden.

Die japanischen Truppen in Tangku haben Verstärkung erhalten.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.